



Ein Beispiel der Unmenschlichkeit

Am Tag des Bleiberechts 2008 war eine fast euphorische Stimmung zu spüren: Hunderte nahmen an der Kundgebung in Linz teil. Die Hoffnung war groß, dass mit dem neuen Bleiberechtsgesetz endlich Gerechtigkeit walten wird. Heuer ist davon nicht mehr viel zu spüren. Die Mitglieder der Plattform sind niedergeschmettert: Statt Gerechtigkeit herrschen Schikane und Willkür.

Farce ohne Ende. Das Beispiel eines Afrikaners sagt alles: Erlebt seit 2001 in Österreich, hat mittlerweile eine Familie gegründet. Sein Antrag wurde negativ beschieden, u. a. weil er strafrechtlich nicht unbescholten sei: Er fuhr mit dem Rad ohne Licht, außerdem kassierte er eine Radarstrafe. Der verlangte Vorvertrag, den ihm ein potenzieller Arbeitgeber ausstellte, gelte nicht, weil man ja nicht wisse, was in der Zukunft sei. Außerdem wirft man ihm mangelnden Integrationswillen vor, weil er im Asylwerberheim wohnte. Das musste er jedoch, weil ihm sonst die Grundversorgung gestrichen worden wäre. Und zu guter Letzt: Warum hätte er ein Kind gezeugt, wenn er doch wisse, wie unsicher sein Aufenthaltsstatus sei? Ohne Worte.

j.hirthe@oe24.at

Niederschmetternde Bilanz: Es wurden kaum humanitäre Aufenthaltstitel erteilt

Bleiberecht: Plattform kämpft unermüdlich

Plattform Bleiberecht übt Kritik an Innenministerium: Gesetz verkomme zur Farce.

Linz. Zum morgigen Tag des Bleiberechts, der im vergangenen Jahr ins Leben gerufen wurde, zieht die OÖ-Plattform Bleiberecht, der unter anderem die Volkshilfe und SOS Menschenrechte angehören, eine niederschmetternde Bilanz: Von den 1.056 Anträgen österreichweit – rund 150 davon aus Oberösterreich –, die seit April nach dem neuen Ge-

setz beantragt wurden, wurden bislang drei positiv erledigt, in 54 Fällen wurde von Amts wegen ein humanitärer Titel erteilt.

Plattform-Sprecherin und SPÖ-Abgeordnete Gertraud Jahn übt scharfe Kritik: „Das Gesetz enthält nur Schikanen.“ Vor allem, dass nur die bereits vom Innenministerium positiv beschiedenen Fälle beim extra eingerichteten Beirat landen, sei eine Farce.

Auch der Chef der OÖ-Volkshilfe, Josef Weiden-

holzer, macht seinem Unmut Luft: „Die schon wieder geplanten Änderungen, wie etwa der Duldungsstatus, schaffen nur wieder neue Probleme.“

Die Plattform fordert vehement eine Einmal-Regelung, nach der alle Asylwerber, die fünf Jahre oder länger im Land sind, bleiben dürfen.

Auch Arigona Zogaj und ihre Familie müssen weiter zittern: Ihr Asylantrag steht kurz vor der Entscheidung. (hij)



Auch im Fall Arigona Zogaj lässt sich das Ministerium Zeit.